

# Sonderrechte für Burger King?

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel muss das Handelsabkommen mit Kanada stoppen, sonst schadet er Deutschland – und seiner eigenen Glaubwürdigkeit.

VON PETRA PINZLER

Was verbindet Sigmar Gabriel mit Burger King? Kanada, lautet die richtige Antwort. Denn nach Kanada will die Fleischklopsbude aus den USA ihr Hauptquartier verlegen. Das wird ihr nicht nur extrem günstige Steuersätze verschaffen, sondern bald auch besondere Klagerechte gegen Deutschland. Sigmar Gabriel kommt nun ins Spiel, weil er die Sonderrechte für Burger und Co. Stoppen könnte. Die stehen nämlich im Entwurf eines europäisch-kanadischen Freihandelsvertrags, über den der Minister in den kommenden Tagen entscheiden muss.

Nähme Gabriel seine eigenen Worte und die deutschen Interessen ernst, würde er ihn ablehnen.

Freihandelsverträge sind in den vergangenen Monaten zu einem brisanten Thema geworden. Seit die EU mit den USA über ein Abkommen mit der Abkürzung TTIP verhandelt, sorgen sich immer mehr Bürger, dass künftig Genfood und Chlorhühnchen auf ihrem Teller landen könnten. Dass soziale Errungenschaften und die Umwelt leiden werden. Und dass ausländische Konzerne völlig unnötigerweise einen besonderen Investitionsschutz bekommen, sie dann Deutschland vor speziellen Schiedsgerichten auf Schadensersatz verklagen und damit den politischen Spielraum der Regierung erheblich einschränken könnten.

Sigmar Gabriel hatte sich vor der Sommerpause geschickt in dieser Debatte positioniert: als ein Politiker, der grundsätzlich mehr Welthandel gut findet, den deutschen Unternehmen das Exportieren möglichst leicht machen will, sich aber gleichzeitig als Anwalt von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Bürgern versteht. Als ein Wirtschaftsminister, der beweisen will, dass Handel und der Schutz von Bürgern und Umwelt kein Gegensatz sein müssen. Seinem Ministerium hatte Gabriel deswegen einen Beirat verordnet, in dem auch die Freihandelskritiker aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und Kirchen sitzen. Und er hatte öffentlich betont, dass es eines »speziellen Investorenschutzabkommens zwischen Demokratien und entwickelten Rechtsstaaten wie beispielsweise den USA nicht bedarf«.

Genau deswegen ist das europäisch-kanadische Handelsabkommen Ceta für ihn nun so gefährlich. Die EU-Kommission hat in dieses Abkommen unbekümmert

genau das hineingeschrieben, wogegen sich Gabriel seit Wochen öffentlich wehrt. Im Ceta-Text stehen Schutzklauseln für ausländische Investoren. Und das, obwohl man auch in Brüssel längst mitbekommen haben müsste, dass ausgerechnet diese Idee im größten Mitgliedsstaat der EU den Kritikern des Freihandels ungeheuer viel Zulauf beschert hat – weit über den Kreis der üblichen Verdächtigen hinaus.

So ein Verhalten zeugt nicht nur von Ignoranz, es demonstriert enorme politische Dummheit. Denn es stellt den deutschen Wirtschaftsminister in diesen Tagen vor die unangenehme Entscheidung: Entweder er nimmt seine eigenen Worte ernst, blockiert den Vertrag, verlangt von Brüssel und der kanadischen Regierung komplizierte Nachverhandlungen und handelt sich damit Ärger mit der Wirtschaft, der EU-Kommission und anderen Mitgliedsstaaten ein. Oder er stimmt mit knirschenden Zähnen aus »europapolitischen« Gründen zu. Dann aber riskiert er hierzulande seine Glaubwürdigkeit. Er wäre dann als ein Politiker, der die Bürgerrechte höher schätzt als die der Konzerne, nachhaltig beschädigt. Gut möglich, dass ihm das kurzfristig relativ egal sein kann. Für Ceta interessiert sich bisher nur eine kleine Minderheit. Aber es könnte massive Folgen für die TTIP-Verhandlungen mit den USA haben. Und die sind ungleich wichtiger. Für Gabriel. Für Deutschland und Europa. Und für all diejenigen, die noch darauf hoffen, dass es doch sinnvolle Handelsabkommen geben kann.

Knickt Gabriel jetzt ein, wird die wachsende Zahl der TTIP-Kritiker bei allen Debatten genau darauf verweisen können. Gerade haben 109 Organisationen aus 17 Ländern ein EU-weites Bürgerbegehren gegen TTIP und Ceta gestartet. Will Gabriel dessen Erfolg verhindern, muss er jetzt nachverhandeln. Auch wenn das Burger King nicht schmeckt.

Die Zeit 36 / 28. August 2014